

Kassenreform: Regierung greift weiter in die Geldbörsen der Beschäftigten

2018-10-17 11:08

AK-Wieser kritisiert Ende der Beitragsprüfung durch die Krankenkassen

St. Pölten (OTS) - Die Bundesregierung plant im Zuge der Kassenreform, dass die GPLA-Prüfung (Gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben) abgeschafft werden soll. Alleine im Jahr 2017 wurden durch die Prüfungen, die bisher von den Gebietskrankenkassen durchgeführt wurden, festgestellt, dass Unternehmen in Österreich 129 Millionen Euro an zu wenig an Sozialabgaben bezahlt haben. 17 Millionen davon allein in Niederösterreich. „Diese Prüfungen, wo es um Beiträge der ArbeitnehmerInnen geht, die sich vom Gehalt bis zur Pensionshöhe auswirken, sollen jetzt entfallen“, so AK Niederösterreich-Präsident und ÖGB NÖ-Vorsitzender Markus Wieser.

Die Bundesregierung will in Zukunft Unternehmen viel weniger streng prüfen. Dass der Salzburger ÖVP-Landesrat Christian Stöckl diese Maßnahmen am Mittwoch auch noch verteidigt und behauptet, man habe Probleme, wenn bei den bisherigen Prüfungen „das Gesetz extrem genau ausgelegt“ werde, zeigt, was diese „Reform“ wirklich im Sinne hat. „Diese Bundesregierung zeigt damit einmal mehr, dass sie nur im Interesse der Großkonzerne handelt. Gelder, die den ArbeitnehmerInnen zustehen, sollen in Zukunft nicht mehr eingefordert werden können. Und dafür wird auch noch die Gesundheits-Versorgung durch eine sündteure Scheinreform aufs Spiel gesetzt“, so AK Niederösterreich-Präsident und ÖGB NÖ-Vorsitzender Markus Wieser.